Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz – PpSG)

Ihr Schreiben von 26. Juni 2016 (Verbändeanhörung)

Sehr geehrte Frau Naase,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Referentenentwurf des Gesetzes zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz – PpSG).

ben Vereinbarungen mit dem Spitzenverband Bund der Pflegekassen und dem Verband der Privaten Krankenversicherung e. v. schließen können.


Für ein ergänzendes Gespräch stehen meine Fachabteilung und ich Ihnen gerne zur Verfügung. Meine Fachabteilung übermittelt Ihnen auch gerne konkrete weitere Ausarbeitungen.

Mit freundlichen Grüßen

(Frank Plate)

Anlage
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz – PpSG)

Stellungnahme des Bundesversicherungsamtes

Sehr geehrte Frau Naase,
sehr geehrter Herr Dr. Kern,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem o.g. Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Pflegepersonals (RefE).

Das Bundesversicherungsamt nimmt als Aufsichtsbehörde der bundesunmittelbaren Pflegekassen und Verwalterin des Ausgleichsfonds sowie Krankenhaustrukturfonds im Folgenden zu einigen Punkten Stellung:

A. Anmerkungen zu einzelnen Regelungen (und/oder ggf. der Begründung)

1. Zu Artikel 7 Nummer 1 und 2 (§§ 20 Absatz 6 und 20b Absatz 3 SGB V)
   Nach § 20 Absatz 6 Satz 2 und 3 SGB V i. d. Fassung des RefE sind die Krankenkassen verpflichtet, einen Betrag von mindestens 2,XX Euro (zu ersetzen durch den ab 2019 geltenden Ausgaberichtwert) für Leistungen nach § 20a SGB V sowie mindestens 3,XX Euro (zu ersetzen durch den ab 2019 geltenden Ausgaberichtwert) für Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) nach § 20b SGB V zu erbringen. Von den min-

Wir gehen davon, dass der Verweis auf Satz 3 in Artikel 7 Nummer 1b RefE ein redaktionelles Versehen ist und es sich korrekterweise um Satz 2 2. Alternative handeln müsste. Es wird vorgeschlagen den Verweis entsprechend zu berichtigen.

Um Missverständnisse zu vermeiden, sollten auch in der Begründung (Zu Artikel 7 Nummer 1 Buchstaben a und b, S. 63 des RefE) die konkreten Beträge, die sich für die Ausgaben nach §§ 20, 20a, 20b und 20c SGB V ergeben, klargestellt werden.

2. Zu Artikel 7 Nummer 5 Buchstabe b (§ 40 SGB V)
Dementsprechend sollte auch Satz 5 zu Buchstabe b ergänzt werden.
Zur Konkretisierung der gesetzlichen Grundlage sollten in Satz 2 des 2. Absatzes zu Buchstabe b auch die konkreten Regelungen im SGB XI ergänzt werden, i. e. nach Vor-
sorge- und Rehabilitationseinrichtung „im Sinne des § 42 Absatz 4 SGB XI“ und nach „zur pflegerischen Versorgung nach…“, § 72 SGB XI.

3. Zu Artikel 10 Nummer 1 (§ 1 SGB XI)
Bereits in § 1 Absatz 6 Satz 3 SGB XI werden die Begriffe Familienangehörige und eingetragene Lebenspartner verwendet. Insofern ist es gesetzessystematisch nicht konsequent, wenn erst in Absatz 7 näher erläutert wird, wann der eingetragene Lebenspartner Familienangehörigen gleichzusetzen ist. Es wird daher vorgeschlagen, Absatz 7 als neuen Absatz 6 einzuführen und den bisherigen Absatz 6 als Absatz 7. Des Weiteren wird vorgeschlagen, den Halbsatz „soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist“ zu streichen, da keine Ausnahmen im SGB XI ersichtlich sind, in denen etwas Anderes gilt. Zu berücksichtigen ist auch, dass es sich bei den Regelungen des § 1 SGB XI nach Auffassung der überwiegenden Kommentierung lediglich um Programmsätze und Einweisungsvorschriften handelt (s. z. B. KassKomm/Koch, 99. EL Mai 2018, SGB XI § 1 Rn. 2). Daher sollte in jedem Fall darauf geachtet werden, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft in allen einschlägigen Vorschriften benannt wird, um etwaige Diskriminierungen zu vermeiden. Nach § 11 Absatz 1 Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) ist die eingetragene Lebenspartnerschaft den Familienangehörigen gleichgestellt. Derzeit wird sie nicht durchgängig in den maßgeblichen Vorschriften benannt. So werden in §§ 3, 7a Absatz 2 Satz 1 und Absatz 7 Satz 2, 8 Absatz 2 Satz 3, 18 Absatz 4 Satz 2, 20 Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 4 Satz 2, 25 Absatz 1 Satz 1, 28 Absatz 1 Nummer 12, 28a Absatz 1 Nummer 8, § 45 (Überschrift und Absatz 1 Satz 1), 45a Absatz 1 Satz 2 Nummer 2, Satz 5 und Absatz 2 Satz 1, 45b Absatz 1 Satz 2, 45c Absatz 4 und Absatz 9 Satz 1, 45d Sätze 1, 3 und 5, 51 Absatz 2 Satz 2 (Anmerkung: durch Zeitablauf allerdings obsolet), 55 Absatz 5 Satz 1, 56 Absatz 4, 57 Absatz 2, § 85 Absatz 8 Satz 1, 90 Absatz 2 Satz 1, 91 Absatz 4, 94 Absatz 3, 100, 101, 109 Absatz 2 Nummer 3 und Absatz 4, 114a Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Sätze 2 und 3, 115 Absatz 1a Satz 1 und Absatz 1b Satz 1, 123 (Überschrift und Absatz 1 Satz 1, Absatz 4 Satz 1, Absatz 6 Satz 1 SGB XI die Lebenspartner nicht erwähnt. In den übrigen Vorschriften wie beispielsweise §§ 7 Absatz 2 Satz 1, 20 Absatz 4, 22 Absatz 1 Satz 1, 23 Absatz 1 Satz 2 und Absätze 5 und 6, 25 Absatz Satz 1 und Absatz 3, 26 Absatz 2 Satz 2 SGB XI u. w. dagegen schon.

4. Zu Artikel 10 Nummer 2 (§ 8 SGB XI)
Die Anfügung der Absätze 5 bis 9 in § 8 SGB XI beinhalten neue Aufgaben für den vom Bundesversicherungsamt verwalteten Ausgleichsfonds, nämlich:

- Nach Absatz 5 die Finanzierung der fachlich unabhängige Institution mit der Zusammenführung und Auswertung der Daten des indikatorengestützten Verfahrens zur vergleichenden Messung und Darstellung von Ergebnisqualität im stationären Bereich (Datenauswertungsstelle) aus den Mitteln des Ausgleichsfonds. Gemäß Absatz 5 Satz 4 regeln die Vertragsparteien nach § 113 und das Bundesversicherungsamt Näheres durch eine Vereinbarung.


- Gemäß Absatz 8 Satz 1 die Bereitstellung der Mittel für Investitionen für Einrichtungen der ambulanten und stationären Altenpflege in digitale Anwendungen zur Entlastung der Pflegekräfte. Den entsprechenden Einrichtungen soll ein einmaliger Zuschuss für entsprechende Investitionen gewährt werden.

Hierzu ist Folgendes anzumerken:

Um den aufgezeigten Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, wird vorgeschlagen, die Rolle des Bundesversicherungsamtes – als Verwalter des Ausgleichsfonds - klarzustellen und seine Aufgaben zur Finanzierung der Maßnahmen näher zu beschreiben. Konkret sollte dem § 8 SGB XI folgender Absatz 10 angefügt werden:

„(10) Näheres über das Verfahren zur Durchführung der Finanzierung der Maßnahmen nach den Absätzen 6 bis 8 aus dem Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung sowie zur Feststellung und Erhebung der Beträge der privaten Versicherungsunternehmen, die die private Pflege-Pflichtversicherung durchführen, nach Absatz 9 regeln der Spitzerverband Bund der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung e.V. sowie das Bundesversicherungsamt durch Vereinbarung."

Für das Bundesversicherungsamt entsteht durch die in § 8 Absatz 5-9 (und den vorgeschlagenen Absatz 10) zusätzlicher Erfüllungsaufwand, der mangels näherer Beschreibung der Verfahren nicht beziffert werden kann.

werden kann, sind die Regelungen in Absatz 7 5 Satz 10 und Absatz 6 Satz 7 redundant. Entsprechende Regelungen sind im Übrigen z.B. in § 17 Absatz 2 SGB XI oder § 53c Sätze 3f und 4 SGB XI nicht vorhanden. Es wird daher vorgeschlagen, die beiden genannten Sätze zu streichen.

5. Zu Artikel 10 Nummer 4 Buchstabe a (§ 37 Absatz 4 Sätze 3 und 4 neu)

Bei der Einführung der neuen Sätze 3 und 4 wurde nicht dargestellt, dass sich die Nummerierung der bisherigen Sätze 3 und 4 ändert. Der entsprechende Hinweis auf die neue Nummerierung (z.B. „Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden nun die Sätze 4 und 5“) sollte in den Gesetzentext aufgenommen werden.


6. Zu Artikel 10 Nummer 4 Buchstabe b (§ 37 Absatz 5 SGB XI)

Um noch mehr zu verdeutlichen, dass es sich um wesentliche Inhalte der Empfehlungen handelt, wird vorgeschlagen an Stelle „Die Empfehlungen enthalten Ausführungen wenigstens“ die Formulierung „In den Empfehlungen sind insbesondere (alternativ: u.a.) festzulegen:....“. Dies entspricht einer Formulierung in § 45c Absatz 7 Satz 2 SGB XI.

In der Begründung zu Artikel 10 Nummer 4 Buchstabe b (37 Absatz 5 SGB XI, S. 91 des RefE) sollte dementsprechend in Satz 4 das Wort „Ausführungen“ durch „Festlegungen“

7. Zu Artikel 10 Nummer 12 Buchstabe a (§ 56 SGB XI)
Hier wird auf die Ausführungen unter Ziffer 4 oben Zu Artikel 10 Nummer 1 (§ 1 SGB XI), insbesondere zur unterschiedlichen Auslegung des § 1 SGB XI („Einweisungsvorschrift“, „Programmsätze“) verwiesen und vorgeschlagen die Lebenspartner nicht zu streichen.

8. Zu Artikel 10 Nummer 15 (§ 106a SGB XI)

9. Zu Artikel 10 Nummer 16 (§ 133 SGB XI)
In dem neuen Satz 3 wird die Übertragung der Rechtsvertretung für den Pflegevorsorgefonds auf das Bundesversicherungsamt geregelt sowie in Satz 4 der Gerichtsstand Bonn an Stelle des bisherigen Gerichtsstands Frankfurt am Main.
Nach der Begründung Zu Artikel 10 Nummer 16 (§113 neu, S. 95 des RefE) ist es bei der Auslegung der bisherigen Regelung zu Unklarheiten bezüglich der Zuordnung der Rechtsvertretung des Pflegevorsorgefonds gekommen. Daher werde die Rechtsvertreter des Pflegevorsorgefonds konkret benannt. Das Bundesversicherungsamt sei aufgrund seiner fachlichen Nähe zur Anlagepolitik und seiner spezifischen Kompetenzen zur Marktbeobachtung zur Rechtsvertretung des Pflegevorsorgefonds besonders geeignet.

Aus Sicht des Bundesversicherungsamtes handelt es sich bei der Rechtsvertretung des Sondervermögens „Vorsorgefonds der sozialen Pflegeversicherung“ (Pflegevorsorgefonds) nach § 131 SGB XI um eine Verwaltungsaufgabe, die der Deutschen Bundesbank im Rahmen der Verwaltung und Mittel des genannten Vorsorgefonds nach § 134 Absatz 1 Satz 1 SGB XI obliegt.
Ein Anlass für eine Zuständigkeitdiskussion ist nicht erkennbar.


Die der Regelung zugrunde liegenden Annahmen sind definitiv falsch. Aus diesen Gründen schlägt das Bundesversicherungsamt vor, die bisherige Regelung in § 133 SGB XI beizubehalten und die Neuregelung zu streichen.

10. Zu Artikel 11 Nummer 4 Buchstabe b (§ 37 Absatz 3 Sätze 5 bis 7 SGB XI)
In der Begründung wird im ersten Absatz auf S. 97 in Satz 2 ausgeführt, dass „für diese Personen keine gesonderte Vergütungsregelung vorgesehen wird, da es sich in aller Regel um Mitarbeiter der Pflegekassen selbst handelt.”. Dies steht im Widerspruch zu § 37 Absatz 3 Satz 1, letzter Halbsatz SGB XI, wonach es sich nicht um eine bei der Pflegekasse beschäftigte Pflegefachkraft handeln darf. Viele Pflegeberaterinnen und Pflegeberater sind aber gerade solche Pflegefachkräfte (mit der Zusatzqualifikation Pflegeberaterin oder Pflegeberater).

B) Weitere notwendige Änderungsvorschläge aus der Aufsicht und Prüfpraxis des Bundesversicherungsamtes

Nachdem in dem RefE bereits die Vorschriften der §§ 38a, 44 und 45b SGB XI geändert werden, wären wir dankbar, wenn zugleich unser bereits besprochener und auch schriftlich dargelegter Änderungsbedarf Berücksichtigung fände.
1. Zu § 38a SGB XI.


2. Zu § 44 SGB XI

Wie schon mehrfach vorgetragen, sollte in § 44 SGB XI für die Pflegekassen konkret eine regelmäßige Überprüfungsmöglichkeit mit einem Verweis auf die Mitwirkungspflichten der Pflegepersonen nach § 66 SGB I geregelt werden, so dass die Pflegekasse ihre Leistungen nach ggf. vergeblicher Erinnerung einstellen kann. Dies auch vor dem Hintergrund der Additionspflege und Mehrfachpflege sowie deutlich gestie-

3. Zu § 45b SGB XI

in § 45a Absatz 1 Satz 2 SGB XI z.B. als neue Nummer 4 nachvollzogen werden müsste und in Satz 3 nach „Die Angebote“ der Zusatz nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 1-3" eingefügt werden müsste.

Selbstverständlich stehen Ihnen die Fachreferate des Hauses für etwaige Rückfragen und zu den Anmerkungen und Vorschlägen gerne zur Verfügung.

Auf eine Teilnahme an der Anhörung wird verzichtet, da wir davon ausgehen, dass unsere Vorschläge ohnehin eingehend geprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Dr. Schmitz)